AZ Basel 2



Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel

Redaktion: A. Meyer
Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel
Erscheint wöchentlich - Basel, den 2. Januar 1954 - 54. Jahrgang - Nr. 1

1844–1954

Hundertundzehn Jahre konsumgenossenschaftlicher Tätigkeit haben nirgends ausgereicht, um unsere Bewegung jenen Zielen zuzuführen, welche die Redlichen Pioniere in Rochdale ihr gesteckt hatten. Gewiss, ein beachtliches Werk wurde vollbracht: auf manchen Gebieten wurde ein nur auf Gewinn gerichtetes Denken zur Vernunft gebracht durch den Gedanken der Dienstleistung, dessen Gesetzen es sich fügen musste; Millionen von Genossenschaftern arbeiten zäh und zielbewusst in Tausenden ihrer Betriebe auf der ganzen Welt; und auf die Genossenschaft setzen heute die unterentwickelten Länder ihre zuversichtlichste Hoffnung für Freiheit und Wohlstand.

Indessen bleibt uns noch viel zu tun: auf nationalem wie auf internationalem Boden und in allen seinen verschiedenen Formen steht das Genossenschaftswesen erst am Anfang seiner Entwicklung. Sein Anteil am wirtschaftlichen Geschehen ist bescheiden, und im Bewusstsein und im Denken der Menschen vermochte es noch kaum Platz zu greifen.

In unserem Land ist keine Stadt, kein Dorf, wo es nicht möglich wäre, noch viele Mitglieder zu gewinnen und die vorhandenen Mitglieder zu bewussteren Teilhabern am genossenschaftlichen Unternehmen zu machen; es ist keine Stadt, kein Dorf, wo nicht der Umsatz des Konsumvereins in da und dort ganz beträchtlichem Ausmasse noch gesteigert werden könnte.

Wir werden, trotz den besonderen Schwierigkeiten unserer Zeit und trotz den Anstrengungen unserer wirtschaftlichen Gegner, das Fehlende erreichen, wenn wir uns bewusst sind, dass die Solidarität von jeher einer der Grundpfeiler unserer Bewegung ist. Wir müssen die Reihen noch fester schliessen und unser Verhalten noch besser aufeinander abstimmen, als wir es bisher taten! Der genossenschaftliche Zusammenschluss muss immer enger, immer stärker werden zwischen dem V. S. K. und seinen Verbandsvereinen, zwischen den Konsumvereinen und ihren Mitgliedern.

In ihren Anfängen erwies sich die Genossenschaftsbewegung als eine Vorhut des Fortschrittes. Sie muss es bleiben, und sie kann es bleiben. An uns liegt es, ihre Entwicklung im Tempo unserer Zeit zu fördern. Auf technischem Gebiet müssen unsere Konsumgenossenschaften der beste, für den Konsumenten vorteilhafteste Verteilapparat sein; auf ideologischem Gebiet muss und kann sie am Beispiel ihres eigenen Vorgehens den Weg weisen aus der gegenwärtigen Wirrnis.

Mit zuversichtlichem Vertrauen entbieten wir heute allen Genossenschafterinnen und Genossenschaftern unsern Wunsch: Hand in Hand ein gutes neues Jahr.

DIREKTION DES VERBANDES SCHWEIZ. KONSUMVEREINE (V. S. K.)

Die Genossenschaften im schweizerischen Detailhandel

Der Anteil der Genossenschaften am schweizerischen Detailhandel findet in den sonderbarsten Auslegungen immer wieder Verwendung bei wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, vor allem dann, wenn es gilt, den ahnungslosen unter den Bürgern das Gruseln beizubringen vor den bösen Konsumgenossenschaften, die dem ehrbaren privaten Detailhandel das Leben sauer machen und damit – wie es jeweils bescheidenerweise heisst – den «staatserhaltenden Mittelstand» in seiner Existenz bedrohen. Mit der wahrheitsgetreuen Sachlichkeit nimmt man es dabei nicht genauer als etwa bei den Angriffen auf die genossenschaftlichen «Steuerprivilegien». Hier wie dort ist eine den Tatsachen entsprechende vollständige Orientierung der Öffentlichkeit nur annäherungsweise möglich, weil in den meisten Fällen die erforderlichen Vergleichsunterlagen nur von den Genossenschaften erhältlich, vom privaten Detailhandel dagegen bezeichnenderweise nicht zu ermitteln sind.

Immerhin hat die «Schweiz. Detaillisten-Zeitung» im Jahre 1949 folgende Zahlen über den Anteil verschiedener Betriebsformen am Detailhandelsumsatz der Schweiz für die Jahre 1938 und 1948 veröffentlicht, auf die wir uns in der folgenden Zusammenstellung stützen:

	1929 %	*1938* %	*1948* %	*Veränderung 1929–1948* %
Privater Detailkleinhandel .		74,0	72,5	
Kleine Filialbetriebe des Detailhandels		5,4	5,5	
Total	87,9*	79,4	78,0	*
Grosse Filialbetriebe . . .	*	5,0	5,1	*
Warenhäuser	3,0	4,6	5,1	+ 2,1
Migros-Konzern	0,2	1,6	2,0	+ 1,8
Total		11,2	12,2	*
Der gesamte privatwirtschaftliche Detailhandel umfasst	91,1	90,6	90,2	—0,9
V.S.K. und Konsumgenossenschaften	7,1	7,2	7,4	+ 0,3
Landwirtschaftliche Konsumgenossenschaften und Konkordia	1,8	2,2	2,4	+ 0,6
Total Genossenschaften	8,9	9,4	9,8	+ 0,9

* Pro 1929 sind die grossen Filialbetriebe nicht ausgeschieden worden. Vergleichbarkeit somit nur gesamthaft gegeben.

Eine weitere Gegenüberstellung – für die nun allerdings die den privaten Detailhandel betreffenden Zahlen auf privater Erhebung beruhen, weil amtliche Zahlen nicht vorhanden sind und der private Detailhandel deren Angabe verweigert – ermöglicht die zahlenmässige Verteilung der Verkaufsstellen zwischen Genossenschaften und privatem Detailhandel, die für die Jahre 1939, 1949 und 1952 folgendermassen aussieht:

Erfasste Wirtschaftsgebiete	mit entsprechender Einwohnerzahl	Verkaufsstellen der Genossenschaften 1939	1949	1952	Verkaufsstellen des Detailhandels 1939	1949	1952
236	833 701	700	791	843	4212	4604	4962

Die Verkaufsstellen des genossenschaftlichen Detailhandels haben also von 1939 bis 1952 um 143 Läden zugenommen, diejenigen des privaten Detailhandels verzeichnen mit einer Vermehrung um 750 Läden also eine mehr als viermal grössere Zunahme! Dazu ist nun erst noch festzustellen, dass unter dem gewerbepolitischen Regime des Filialverbotes die Konsumgenossenschaften in den Jahren von 1933 bis 1945 in ihrer normalen Entwicklung gehemmt waren und von da an bis 1952 einen nicht unbedeutenden Nachholbedarf auszugleichen hatten, was für den privaten Detailhandel durchaus nicht der Fall war.

Eine dritte und letzte Gegenüberstellung geht aus den Ergebnissen der schweizerischen Betriebszählung aus dem Jahre 1939 hervor:

Danach wurden gezählt:

2721 genossenschaftliche Unternehmungen, und das sind 1,3% aller gewerblichen Unternehmungen;

6012 genossenschaftliche Betriebe, und das sind 2,4% aller gewerblichen Betriebe;

31767 Beschäftigte in Genossenschaften, und das sind 2,5% aller im Gewerbe beschäftigten Personen.

Verglichen mit 1929, dem Jahre der vorletzten Betriebszählung, hat sich die Zahl der genossenschaftlichen Unternehmungen um *288* oder *12%* vermehrt. Der prozentuale Zuwachs ist nicht grösser als bei den nichtgenossenschaftlichen Unternehmungen. Das Stärkeverhältnis ist somit unverändert geblieben. Auch die Zunahme der Anzahl der Genossenschaftsbetriebe um 707 bleibt im Rahmen der Gesamtentwicklung.

Einzig die Zunahme der Beschäftigtenzahl bei den Genossenschaften ist grösser als bei den übrigen Unternehmungen, allerdings nicht in nennenswertem Masse:

	1929	*1939*	*Zunahme absolut*	*in %*
Beschäftigte im gesamten Gewerbe . .	1 256 347	1 285 419	29 072	2,3
Beschäftigte in Genossenschaften . .	25 657	31 767	6 110	23,8
Anteil der Genossenschaften am Total der Beschäftigten	2%	2,5%	0,5%	25,0

Unsere wirtschaftlichen Gegner schreien Zeter und Mordio über die steuerrechtliche Begünstigung der Genossenschaften.

Wer die tatsächlichen Verhältnisse unvoreingenommen überprüft, stellt fest, dass beispielsweise die Konsumgenossenschaften bei gleichem Reinertrag mehr Steuern bezahlen als der private Detailhandelsbetrieb. Für uns ersteht daraus die unausbleibliche Folgerung,

in Zukunft mehr denn je auf der Hut zu sein gegen jede den wirklich freien Wettbewerb behindernde fiskalische Sonderbelastung der Konsumgenossenschaften zugunsten eines mehr und mehr durch den Staat als durch eigene Leistungsfähigkeit erhaltenen mittelständischen Detailhandels.

Unsere wirtschaftlichen Gegner schreien Zeter und Mordio über die den selbständigen privaten Kleinhandel auffressenden Konsumgenossenschaften. Wer die tatsächlichen Verhältnisse unvoreingenommen überprüft, stellt fest, dass der also bedrohte private Kleinhandel seinen Anteil am gesamten schweizerischen Detailhandelsumsatz im letzten Vierteljahrhundert so gut wie gehalten hat, weil er sich zum Teil in genossenschaftlicher Selbsthilfe der Konkurrenz gut zu erwehren wusste und zum Teil weil er – auf gefährlichen Wegen wandelnd – sich die Hilfe staatlicher Intervention zu verschaffen verstand.

Für uns ersteht daraus eine zweite unausbleibliche Folgerung: angesichts des wahrlich noch bescheidenen Anteils der Konsumgenossenschaften am schweizerischen Detailhandelsumsatz die auf der ersten Seite der vorliegenden Ausgabe stehenden Worte zu beherzigen; uns im Denken und Handeln noch intensiver auf den genossenschaftlichen Zusammenschluss der Kräfte zu besinnen und dabei unser Sinnen und Trachten noch mehr auf den Menschen zu richten, den Konsumenten, dem wir dienen.

Genossenschafterin zur Urne!

Unter diesem Titel erschien im Verlauf der vorbereitenden Diskussion um die kürzlich abgehaltene Neuwahl des Genossenschaftsrates im ACV beider Basel in der «National-Zeitung» die folgende beherzigenswerte Einsendung einer Genossenschafterin:

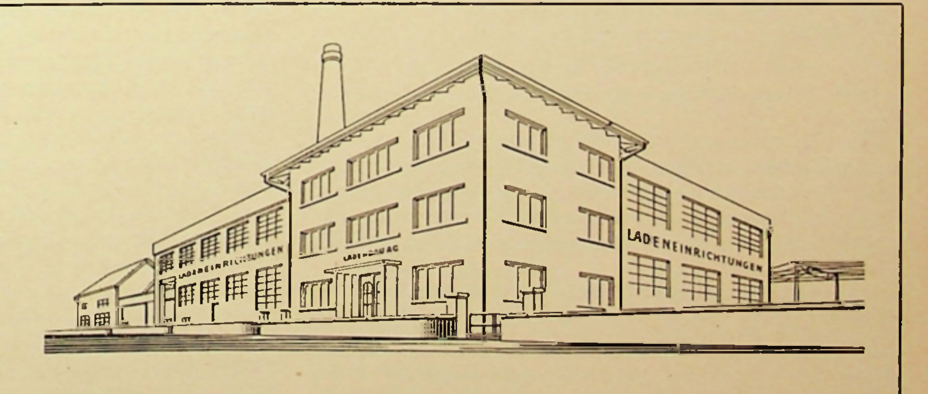
Schon wieder Wahlen

Im vergangenen Frühjahr Grossratswahlen, dann Richterwahlen und vorige Woche Bürgerratswahlen! Wahrhaftig, unsere Männer sind nicht übel geplagt mit ihren demokratischen Rechten und Pflichten. Doch diesmal können wir sie entlasten; darüber hinaus bietet sich uns Frauen erst noch eine der ganz wenigen Gelegenheiten, selber mitzubestimmen und mitzuwählen. Diese Chance, unsere staatsbürgerliche Reife zu bekunden, wollen wir uns nicht entgehen lassen, schon um der politischen Folgen willen!

Es handelt sich zwar «nur» um die Wahl des Genossenschaftsrates des ACV, die am 20. November stattfindet. Für uns Frauen ist dieses Wörtlein «nur» aber absolut fehl am Platz, denn niemand mehr als wir Hausfrauen sind die Leidtragenden, wenn unsere Genossenschaft nicht vorbildlich geführt ist. Wir profitieren von den Leistungen des ACV weitaus am meisten, wir wissen um die Vorteile, die er uns bietet. Wer gar schon Gelegenheit hatte, einen Blick auf die Preislisten anderer Städte und Landesgegenden zu werfen – und dies werden viele von uns in den Ferien schon getan haben! –, der weiss es zu schätzen, dass es dank unserer grossen und starken Genossenschaft dazu gekommen ist, dass Basel die niedrigsten Lebenskosten der Schweizer Städte aufweist. Es ist tatsächlich nicht gleichgültig, wo wir unser Haushaltungsgeld hintragen; aber ebenso falsch wäre es, sich um die Führung unserer Genossenschaft nicht zu kümmern.

Der ACV bedeutet uns Frauen etwas, er ist unser Stolz, und wir wollen und müssen alles tun, damit er sich in gesundem Fortschritt weiter entwickle. Schliesslich sind wir am Überschuss massgeblich beteiligt; die vielen Millionen, die als Rückvergütung wieder zu uns zurückfliessen, sind unser, der Hausfrauen, Sparbatzen. Es wäre verfehlt, im Anblick der gedeihlichen Entwicklung die Hände in den Schoss zu legen oder die Geschicke des ACV ganz in die Hände der Männer zu legen. Wir Hausfrauen müssen zusammen mit unsern Männern und Söhnen am prächtigen Gemeinschaftswerk weiterbauen. Weder politisches Gezänk noch irgendwelche Parteiinteressen sollen die Zukunft des ACV bestimmen, sondern das gemeinsame Wohl aller, der Arbeiter und Angestellten, der Beamten und Handwerker, der Studierten und Gewerbetreibenden. Schliesslich bilden wir zusammen eine grosse Familie, und in einer Familie sollen alle gleichwertig behandelt werden. Glücklicherweise haben sich Männer und Frauen aller Schichten und Richtungen... (es folgt die Empfehlung einer Wahlliste. – Red.).

Eine Genossenschafterin, die seit über 40 Jahren im ACV einkauft.



Schweizer Familienbudgets 1952

IV. ...und seit vierzig Jahren

Die ersten Haushaltungsrechnungen modernen Typs kennen wir in der Schweiz seit vier Jahrzehnten*. Das «Statistische Jahrbuch der Schweiz» führt die Ergebnisse dieser schon historischen Erhebung von 1912 regelmässig auf. Nach dem ersten Weltkriege folgten weitere Enqueten in den Jahren 1920–1922. Und schliesslich kam *die* grosse Erhebung von 1936/37, der sich noch eine Kontrollerhebung 1937/38 anschloss (dies schien damals nötig geworden, um allfällige überstarke Einflüsse der Abwertung vom Oktober 1936 festzustellen bzw. auszuschalten).

Seit 1943 betreibt nun das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) diese Statistik der Einnahmen und vor allem der Ausgaben der Arbeitnehmerfamilien regelmässig Jahr für Jahr (zuletzt veröffentlicht in «Die Volkswirtschaft», Oktober und November 1953). So haben wir denn jetzt vor uns eine Reihe von zehn Jahreserhebungen ohne Unterbruch. Eine solche Serie erlaubt einwandfreie Rückschlüsse über die seitherige Entwicklung. Überdies können diese jüngsten Jahresrechnungen verglichen werden mit den grösseren Enqueten, die vor und nach dem ersten Weltkrieg, sowie unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg, durchgeführt worden waren.

Durchschnittliche Familiengrösse

In den zehn Jahren seit 1943, für die nun eine geschlossene Reihe von Familienbudgets vorliegt, hat sich die Zusammensetzung der einbezogenen Haushalte in mancher Hinsicht verändert. Einmal ist die Grösse der Familien, also die durchschnittliche Anzahl Personen in ihr, zwar nicht stark, aber doch deutlich gewachsen. Bei den Arbeitern erhöhte sich von 1943 bis 1952 (natürlich mit Schwankungen) die Zahl der Köpfe von 3,94 auf 4,25 im Durchschnitt; bei den Angestellten von 3,91 auf 4,17. Das ist nicht allzu viel, aber es macht sich doch bemerkbar.

Schwerwiegender ist die Veränderung der Einkommen. Die verzeichneten Einkommen haben Jahr für Jahr einen grösseren Umfang erlangt. Wieder von 1943 bis 1952 haben sich die durchschnittlichen, in der vorliegenden Erhebung berücksichtigten Einkommen vergrössert bei den Arbeitern von 6054 Franken auf 9993 Franken im Jahr, und bei den Angestellten von jährlich 8295 auf 12 918 Franken. Im ersten Fall also ein Mehr von rund zwei Dritteln, im zweiten Fall von rund der Hälfte.

Preissteigerung, Nominallohn...

Diese Entwicklung ist nun durch eine Reihe von Einflüssen bewirkt worden. Der nächstliegende und wichtigste Grund ist in der Preissteigerung zu suchen, der in Form von Teuerungsausgleich Rechnung getragen wurde, und die auf diese Weise die nominalen Löhne und Gehälter ansteigen liess. *Nominallohn*, das ist der Lohn in Franken und Rappen, also in Geld der jeweiligen Kaufkraft, wobei die wechselnden Preise nicht berücksichtigt werden. Ein gestiegener Nominallohn ist schön und gut, aber ausschlaggebend ist selbstverständlich nur der *Reallohn*, das heisst der Lohn bezogen auf unveränderte Kaufkraft, auf die gleichen Preise.

...und Reallohn

Für die Bestimmung des Reallohns ist der Index der Lebenshaltungskosten massgebend. Er ist kein perfektes, aber doch ein geeignetes Hilfsmittel, um die Verbraucherpreise im Ganzen zu messen (und nicht nur den Preis für Kabis und Kuchen). Im Jahre 1943 stand der Index der schweizerischen Verbraucherpreise auf 148, wenn der Preisstand im August 1939 = 100 gesetzt wird. Ein Jahrzehnt später dagegen waren die Verbraucherpreise auf 171 geklettert, also um 15½% gestiegen. Bei gerade vollem Teuerungsausgleich hätten die Nominaleinkommen gleichfalls um rund einen Sechstel steigen müssen, und dann wäre der Reallohn unverändert. Würde die Aufbesserung der Löhne und Gehälter jedoch das Ausmass der Teuerung übertreffen, so wäre folgerichtig das Realeinkommen gestiegen. Und das dürfte im allgemeinen auch bei Angestellten und vielleicht noch mehr bei den Arbeitern im Laufe dieses Jahrzehnts der Fall gewesen sein.

Der «Aufwärtsdrall»

Diese beiden Umstände dürften schon einen wesentlichen Teil der in der Erhebung der Familienbudgets sichtbar gewordenen Steigerung der durchschnittlichen Einkommen erklären. Aber gewiss nicht das ganze Ausmass, und es bleibt offensichtlich ein Rest, der sich einer exakten Begründung entzieht. Man wird am ehesten annehmen können, es handle sich um den bereits erwähnten «*Aufwärtsdrall*» – wie ich diese Erscheinung nennen möchte – bei den Einkommen von Haushalten, die Buch führen im allgemeinen und die im besonderen bereit sind, diese Buchführung der Kontrolle und Bearbeitung der statistischen Ämter zu überlassen.

Es scheint, dass sich im Laufe des Jahrzehnts der genannte «Aufwärtsdrall» auch bei den Familien verstärkt hat, die bei der Erhebung des BIGA mitarbeiten. Das bedeutet wiederum, dass der Durchschnitt der Einnahmen dieser Familien jetzt noch mehr über dem Durchschnitt der Einkommen aller schweizerischen Arbeiterfamilien liegt als vorher. Sollte diese Annahme auch zutreffen, so ist doch erneut auf die schon früher erwähnte Tatsache hinzuweisen, dass Familienbudgets weder als eine Statistik der Löhne und Gehälter, noch als ihr Ersatz dienen sollen oder dienen können. Eine Enquete der Familienbudgets will in erster Linie die Ausgabenserie im Haushalt erfassen, sie untersuchen und ihre Gestaltung beleuchten. Das gilt auch für die hier besprochene Erhebung von Haushaltungsrechnungen des BIGA, und *diese* Aufgabe (und nicht die einer Einkommensstatistik) erfüllt sie ohne weiteres. Immerhin wäre es gut und recht, wenn es doch gelingen würde, niedrigere Einkommens-

* Wer sich über die neuere, aber auch die älteste Geschichte und Entwicklung von Familienbudgets, und vor allem über grundsätzliche und praktische Fragen des Verbrauchs kurz unterrichten will, sei auf meine Studie «Die Haushaltungsrechnung» verwiesen. Sie ist als Heft 48 der Genossenschaftlichen Volksbibliothek erschienen; 112 Seiten, Verlag des V.S.K., 1941.

gruppen in die Erhebung einzubeziehen und so diesen Einkommensdurchschnitt herabzudrücken und ihn dem typischen Einkommensniveau noch besser anzupassen.

Umrechnung von Nominallohn auf Reallohn

Wie dem auch sei, das mag für kommende Jahre gelten, doch schauen wir hier auf das, was gewesen ist. Das sind dann die tatsächlich in der Erhebung aufgezeichneten und berechneten Einkommen. Um zu sehen, was von diesen Beträgen der Teuerung zuzuschreiben ist, haben wir die nominalen Einkommen auf reale Einkommen umgerechnet. Das geschieht, wie schon erklärt worden ist, mittels des Indexes der Verbraucherpreise. Teilweise muss man dabei mit Schätzungen vorlieb nehmen; doch würde es zu weit führen, hier auf die Einzelheiten einzugehen. In der folgenden Übersicht stehen nun diese durchschnittlichen Einkommen für alle Jahre mit Erhebungen von Familienbudgets, getrennt nach Arbeitern und Angestellten.

Einkommen von Familien unselbständig Erwerbender
1912–1952

Jahr	Arbeiterfamilien Nominal-Einkommen in laufenden Franken	Arbeiterfamilien Real-Einkommen in Preisen vom August 1939	Angestelltenfamilien Nominal-Einkommen in laufenden Franken	Angestelltenfamilien Real-Einkommen in Preisen vom August 1939
1912	2727	3736	3 606	4940
1920	5909	.	7 671	.
1921	5770	3952	7 370	5048
1922	5494	4578	7 233	6027
1936/37	4517	4517	6 417	6417
1937/38	4448	4448	6 228	6228
1943	6054	4091	8 295	5605
1944	6405	4242	8 824	5843
1945	6887	4531	9 102	5988
1946	7557	5004	9 774	6473
1947	8204	5192	10 931	6919
1948	8709	5343	11 468	7036
1949	9052	5588	11 603	7163
1950	9184	5773	11 864	7457
1951	9500	5699	12 470	7481
1952	9993	5844	12 918	7554

Die Nominaleinkommen sind die tatsächlich ausgewiesenen, die Realeinkommen sind bezogen auf den Preisstand vom August 1939, es sind also Franken mit der Kaufkraft von 1939.

Setzt man nun die Familieneinkommen mit der Entwicklung des schweizerischen Volkseinkommens in Beziehung, so gewinnt dadurch die ganze Frage teilweise ein anderes Gesicht. Es zeigt sich dann, dass im gleichen Jahrzehnt 1943–1952 das reale Volkseinkommen (genauer: das reale Netto-Sozialprodukt vor Abzug der direkten Steuern) um beinahe 50% zugenommen hat. Rund 85% des gesamten Volkseinkommens kommen natürlichen Personen zu, dieser Teil wird daher als persönliches Einkommen bezeichnet. Dieses persönliche Einkommen kann nun auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet werden. Dadurch wird die Bevölkerungszunahme berücksichtigt, und das Betreffnis verringert sich dementsprechend. Im Jahrzehnt 1943–1952 hat das *reale* persönliche Einkommen um 24% zugenommen. Demgegenüber hat sich das Realeinkommen der vorliegenden Familienbudgets während dieser Periode erhöht bei den Arbeitern um 43%, bei den Angestellten um 35%. Daraus wiederum ergibt sich, dass – mit gewissen Vorbehalten – auch in dieser Hinsicht die Überhöhung nicht derart gravierend ist, wie sie zuerst erscheinen mochte.

Die Ausgaben und ihre Veränderungen

Nach dieser einlässlichen Behandlung der Einkommen betrachten wir nun die *Entwicklung der Ausgaben*. Dabei können die Beträge als solche beiseite gelassen werden. Die Verhältniszahlen sprechen deutlicher. Die uns schon bekannten dreizehn Ausgabengruppen lassen sich einteilen in solche, die im Verlaufe des Jahrzehnts *in Prozent* zugenommen haben, abgenommen haben oder mehr oder weniger gleich geblieben sind.

Die Beschaffenheit der Ausgaben unserer Haushaltungen (und dabei beschränken wir uns auf die Arbeiterfamilien, bei denen diese Tendenzen deutlicher zum Ausdruck kommen) wird nun durch die Entwicklung einiger wichtiger Posten massgeblich beeinflusst. Es sind dies diejenigen Ausgabengruppen, bei denen prozentuale Abnahmen zu verzeichnen waren. In diese Gruppe fallen zudem so wichtige Ausgaben wie Nahrungs- und Genussmittel sowie der Mietzins: sie allein haben von 1943 bis 1952 von 56,3 auf 47,3%, oder um 9 Prozentpunkte, abgenommen. Diese 9% der gesamten Ausgaben beeinflussen natürlich umgekehrt die Beschaffenheit der anderen Aufwendungen, die dementsprechend zunehmen. Dies mit der beachtlichen Ausnahme der Steuern und Gebühren, welche, eigenartig genug, ebenfalls relativ zurückgehen, trotz nominal gestiegenen Einkommen. Die nachstehende Tabelle bringt die Ausgabenanteile dieser vier Posten.

Relative Ausgabenminderungen
im schweizerischen Familienbudget

Anteile für vier typische Posten in Prozent aller Ausgaben

Jahre	Nahrungs-mittel	Genuss-mittel	Miete	Steuern, Gebühren	Diese 4 Posten zusammen	Übrige Ausgaben	Ausgaben Total
1912	44,1	4,9	10,3	1,4	60,7	39,3	100
1921	45,0	3,6	11,3	2,5	62,4	37,6	100
1936/37	32,9	3,7	17,8	3,0	57,4	42,6	100
1943	38,8	3,4	14,1	4,4	60,7	39,3	100
1944	38,7	3,6	14,0	3,7	60,0	40,0	100
1945	37,6	3,7	13,7	4,1	59,1	40,9	100
1946	36,0	3,2	13,1	4,5	56,8	43,2	100
1947	35,4	3,1	12,4	4,6	55,5	44,5	100
1948	35,1	2,7	12,5	3,0	53,3	46,7	100
1949	33,2	3,0	11,9	3,7	51,8	48,2	100
1950	33,1	2,9	12,1	3,7	51,8	48,2	100
1951	33,7	2,7	11,7	3,8	51,9	48,1	100
1952	32,2	2,6	12,5	3,4	50,7	49,3	100

Das Engelsche Gesetz: Hinweis auf gestiegenen Lebensstandard

«Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil der Ausgaben für die Ernährung ab», das war das sogenannte «Engelsche Gesetz»: ungefähr dasselbe gilt für den Mietzins, gemäss dem «Schwabeschen Gesetz». Und beide Tendenzen können wir auch umgekehrt fassen, nämlich so:

Bei abnehmendem Einkommen steigt der Anteil der Ausgaben für Ernährung und Miete.

Treffen nun die so formulierten Tendenzen, bezogen auf das reale Einkommen, zu, und es besteht kein Anlass, daran zu zweifeln, so ist auch die Aussage unserer Tabelle eindeutig. Die Einkommen sind nominal und vor allem real gestiegen. Und auch die Prozentanteile für die Ausgaben für Ernährung und Miete zeigen an – sie sind ja fast durchgehend und ganz deutlich zurückgegangen –,

dass der Lebensstandard im ganzen sich verbessert hat. Das ist sicher der Fall bei den hier untersuchten Haushalten. Es darf aber angenommen werden, dass die Enquete von Familienbudgets des BIGA die allgemeinen Bedingungen von Arbeitnehmerhaushalten in der Schweiz im grossen und ganzen angemessen und getreu widerspiegelt.

Der mengenmässige Verbrauch von Lebensmitteln musste nun nach Lage der Dinge eine doch andersartige Entwicklung einschlagen. Hier spielen die Kriegswirtschaft, die Rationierung und die schlechte Versorgungslage eine Rolle. Die Jahre 1943 bis Mitte 1945 fielen noch in den Krieg. Und es dauerte eine gute Weile, bis die letzten Verbrauchsbeschränkungen aufgehoben wurden. Im ganzen gesehen bildete der *Konsum anno 1945 den Tiefpunkt unserer Versorgung.*

Um nun den Verbrauch an Nahrungsmitteln darzustellen, beschränken wir uns auf drei ausgewählte Jahre, nämlich 1936/37, also vor dem Kriege; dann 1945, als versorgungsmässig schlechtestes Jahr; und schliesslich 1952, der neueste Stand. Die Mengen verstehen sich wieder in Kilo, Liter und Stück; sie sind im übrigen für alle Jahre auf die gleiche Familiengrösse umgerechnet, nämlich entsprechend der Haushaltsgrösse der Erhebung im Jahre 1952. Die Zahlen sind also durchgehend und vollkommen vergleichbar.

Jahresverbrauch wichtiger Lebensmittel

Verbrauchsmengen je Familie gleicher Grösse (in Kilo)

	Arbeiter			Angestellte		
	1936/37	1945	1952	1936/37	1945	1952
Frischmilch (Liter)	888,4	770.9	768,5	746.1	768,9	669,7
Butter	21,6	15,8	21.2	31.1	17.8	23.7
Käse	20.4	33,7	21.7	20.6	33.6	22.0
Eier (Stück)	485	164	466	589	241	478
Rindfleisch	22,2	17.4	15.3	20.9	16.2	15,6
Schweinefleisch	23.5	8.7	15.8	23.3	9,1	16,2
Wurst	36,1	36.5	41,7	33,2	20,0	33.9
Brot	295.1	331,6	253,2	226.8	279,7	209.3
Mehl	27,2	23.7	24.9	25.7	23.3	22,2
Mais	8,0	13.7	5,3	5,5	16.1	3,4
Reis	13.4	5,7	13.8	13.3	10.5	12,1
Teigwaren	29,0	16.4	32.1	23.8	20,1	26,5
Öl (Liter) und Fett	25,8	19,2	28.9	23.7	16.2	27.3
Kartoffeln	229,2	547,7	234,8	199.4	454,1	213,8
Frisches Kernobst	118,3	242,1	188.4	141,7	244,2	163,0
Frisches Steinobst	34.3	30.7	60,6	46.9	33,1	65,5
Frisches Beerenobst	33.4	25.1	37.9	46,0	25,1	44,7
Frische Südfrüchte	28,2	10,4	54,8	53,0	15,3	80,4
Konfitüren	6.5	12,6	5.5	4,9	12,8	4,7
Zucker	96,3	42,0	85,8	91,7	48,4	86,1
Schokolade	4.8	7.0	8,0	6.6	8.0	8,3

Diese Zusammenstellung, die die wichtigsten Lebensmittel enthält, aber nur diese, ist äusserst aufschlussreich. Sie veranschaulicht beredt den Tiefstand der Versorgung, den die schweizerische Bevölkerung bis 1945 hinzunehmen hatte. Das wird einmal deutlich, wenn die Ausgangszahlen der normalen Vorkriegsversorgung von 1936/37 zum Vergleich herangezogen werden, dann aber, wenn man das Konsumniveau von 1952 betrachtet.

1945: Tiefpunkt der Versorgung

Bei den meisten Nahrungsmitteln war 1945 der Verbrauch gegenüber den Dreissigerjahren ganz beträchtlich herabgedrückt. So bei Eiern auf einen Drittel; Schweinefleisch, Reis, Südfrüchte und Zucker auf weit weniger als die Hälfte; auch bei weiteren Lebensmitteln war die Abnahme fühlbar. Von anderen Waren wiederum stand mehr zur Verfügung. So Käse, Brot, Mais, Kartoffeln, frisches Kernobst, Konfitüren und – obwohl es damit seine Richtigkeit hat, kann man nur staunen – auch Schokolade. Das hing mit der gleichmässigen Zwangsverteilung während der kriegsbedingten Rationierung zusammen; sowie mit der damaligen Einstellung, was man auf Coupons erhält, wird eingelöst; aber es geht vor allem auf die *zwangsmässig geänderten Konsumgewohnheiten* zurück.

Der Verbrauch 1952

Und heute? Alles wieder anders. Was man im Kriege mehr ass, oder wohl oder übel zu nehmen hatte, spielt heute eine kleinere Rolle. Ausnahme wieder: die Schokolade. Hier war die Lektion nachhaltig, und viele sind diesem nahrhaften Leckerbissen treu geblieben. Immerhin ist selbst für den Schokoladekonsum der Höhepunkt bereits 1946 erreicht worden, und seither hat wieder ein ständiger Rückgang eingesetzt. 1946 waren es aber auch gar viel – infolge der neugewonnenen Freiheit –, nämlich 11,4 gegen 4,8 kg vor dem Kriege.

Butter, Käse, Eier, Reis und Kartoffeln sind ungefähr wieder auf Vorkriegsstand. Wurst wird mehr, Fleisch dagegen deutlich weniger gegessen. Auch Milch, Konfitüre und Zucker bleiben klar zurück. Stark vorgerückt dagegen ist der Verzehr von Obst. Hier sind die Zunahmen ganz besonders eindrücklich – man darf gewiss sagen: die *Fortschritte in der Ernährungsweise.*

Was essen Angestellte?

Diese Angaben bezogen sich auf den Verbrauch von Arbeiterhaushaltungen. Bei den Angestellten ergibt sich dagegen ein auf den ersten Blick nicht ohne weiteres klares Bild, das sich aber schliesslich doch auf einen Nenner bringen lässt. Von den angeführten wichtigen Lebensmitteln essen Angestelltenfamilien in den meisten Fällen weniger als vor dem Kriege, von einigen Waren ungefähr gleich viel oder etwas mehr, und nur von Kartoffeln und vor allem von einigen Obstsorten mehr als vor dem Kriege. Weniger essen ist zweifellos, sofern es mit Mass und Sinn geschieht, bekömmlicher. Und wie dem auch sei, die Abkehr von den Lebensmitteln, «die es in sich haben», scheint nun einmal im Zuge der Zeit zu liegen.

*

Damit sei das Panorama des Speisezettels abgeschlossen; und an diesem Punkte auch unser Bericht über die Erhebung von von schweizerischen Familienbudgets 1952.

Economist

Aktuelle Genossenschaftsprobleme

Nach den gewaltigen Zerstörungen des zweiten Weltkrieges schien es zunächst, besonders in Grossbritannien – im Zuge des Wiederaufbaues –, dass der Kollektivismus mit seiner Vermassung, der materialistischen Gesinnung und der Zwangsorganisationen dem Wirtschaftsleben sein Gepräge geben werde.

Heute stellen wir eine merkliche Abkehr von diesen Tendenzen fest. Es zeigt sich – auf den Gebieten, die der Gemeinschaftsarbeit erschlossen sind – bereits wieder mehr Verständnis für Tradition, die die Masse aufzulösen versucht, um sie im kleinen, übersichtlichen Kreis wieder zu organisieren. Die Erkenntnis, dass das Individuum, die Persönlichkeit, aus der allein echte Gemeinschaft erwachsen kann, bedroht ist, wird allgemein erkannt und daher der Aufbau und die Entwicklung der Genossenschaften gefördert.

Die geistige Situation unserer Zeit, ihre wirtschaftliche und soziale Struktur, haben entscheidende Rückwirkungen auch auf das Genossenschaftswesen. Dieses Faktum hat einen doppelten Aspekt: Einerseits stehen die Träger der Genossenschaften (Mitglieder, Funktionäre, Angestellte) in der geistigen Atmosphäre der Zeit; sie sind eingebettet in bestimmte kulturelle Verhältnisse; sie stehen in Beziehungen zu ihrer sozialen Mitwelt, und sie sind in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit Konkurrenten der privaten und staatlichen Unternehmen. Nun sind die kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den letzten Jahren in ein neues Stadium der Problematik getreten. Die Grundfragen des menschlichen Seins überhaupt sind ja wieder gestellt worden. Die scharfe Alternative von Freiheit und Unfreiheit, von privater und staatlicher Sphäre, und schliesslich das Suchen nach einem neuen, «dritten» Weg sind für die theoretischen und praktischen Bemühungen unserer Zeit charakteristisch.

Wie stellt sich die Wissenschaft zu den genossenschaftlichen Problemen?

Es ist erfreulich, feststellen zu können, dass die wissenschaftliche Forschung im Sektor Genossenschaftswesen mit dem Kriegsende 1945 in Deutschland einen vielversprechenden Aufschwung genommen hat. An verschiedenen deutschen Hochschulen, so in Erlangen, Münster und Köln, aber auch in den österreichischen Ländern, so in Wien und Graz, sind Forschungsinstitute zur Förderung des Genossenschaftswesens entstanden, und seit dem Jahre 1950 geben die Professoren Pohle und Weippert in Erlangen eine sehr beachtenswert redigierte Vierteljahreszeitschrift für das «Gesamte Genossenschaftswesen» heraus, in der die wichtigsten Forschungsergebnisse veröffentlicht werden.

Der lebhafte Wunsch nach einer persönlichen Kontaktnahme von Hochschullehrern des Genossenschaftswesens konnte im Oktober 1952 realisiert werden. Im Genossenschaftlichen Seminar Freidorf bei Basel wurde die erste internationale Hochschulkonferenz abgehalten, die von 30 Universitätslehrern aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz besucht war.

Als reife Frucht dieser Konferenz dürfen wir das Buch: «Aktuelle Genossenschaftsprobleme» betrachten, das im Anschluss an die Internationale Professoren-Konferenz über das Genossenschaftswesen vom 7. bis 11. Oktober 1952 (227 Seiten, Kommissionsverlag A. Francke AG, Bern, 1953, Preis Fr. 12.50) vom Genossenschaftlichen Seminar herausgegeben worden ist.

Im Mittelpunkt der Konferenzaussprachen stand das Referat von Professor Dr. Back (Erlangen): «*Die aktuelle Situation des Genossenschaftswesens, seine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung.*»

In seinen umfassenden Untersuchungen nahm Back Stellung unter anderem zum Beitrag des modernen Genossenschaftswesens zu einer *personalistischen* Neuordnung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens. Es lassen sich die folgenden Hauptgedanken herausschälen:

Das moderne Genossenschaftswesen hat von Anfang an den Anspruch erhoben, ein *eigener* Weg zu einer *freien* und zugleich *sozialen* Ordnung und Gestaltung unserer gesellschaftswirtschaftlichen Verhältnisse zu sein. Die es leitende Idee war stets und ist es heute noch: Unter Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit auf dem Weg der privaten Selbsthilfe eine solche Transformation unserer vielfach desorganisierten und deformierten Wirtschaftsgesellschaft zu bewirken, dass dem Grundsatz der Freiheit und Würde der menschlichen Person wieder Genüge geschehe.

Als ein wichtiges Ergebnis der bisherigen Bemühungen um eine kritisch-realistische Konzeption der Genossenschaftsidee kann die Erkenntnis angesehen werden, dass diejenige gesellschaftswirtschaftliche Daseinsordnung, die die Genossenschaftsbewegung in ihrem Bereich an Stelle der liberal-kapitalistischen «Ordnung» verwirklicht, nur einen Ausschnitt – wenn auch einen sozialpolitisch eminent wichtigen – unserer Gesamtwirtschaft umfassen kann. Die Genossenschaftsbewegung lehnt in allen ihren Sparten heute die Auffassung ab, dass das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben in ihren Bereich einbezogen, also vergenossenschaftlicht werden soll; sie will nur eine Stufe unserer differenzierten Gesamtwirtschaft soweit wie möglich durchdringen. Sie fasst sich in diesem Sinne als ein «Sektor» der Markt- und Produktionswirtschaft auf.

Neben dem Prinzip der kollektivistischen, auf öffentlicher Macht oder auf Zwang beruhenden Kooperation und dem Prinzip der kapitalistischen Kooperation kommt dem Genossenschaftsprinzip, dem Prinzip der personellen Kooperation also, eine für das gesellschaftswirtschaftliche Ganze viel zu wenig beachtete eigenständige Bedeutung zu. Im ausdrücklichen Gegensatz zu den im 19. Jahrhundert vorherrschenden Tendenzen der persönlichen Vereinzelung und Atomisierung der Menschen einerseits und der Zusammenfassung und Zusammenballung von Kapitalien anderseits führten die Gründer der modernen Genossenschaftsbewegung und ihre Nachfolger diejenigen Wirtschaftspersonen zusammen, die sich in der ungeregelten freien Konkurrenzwirtschaft kapitalistischen Gepräges von einer aktiven Anteilnahme an der Wirtschaftsentwicklung ausgeschlossen sahen oder in Gefahr standen, ihre Selbständigkeit und personale Wirtschaftsfreiheit zu verlieren und verwiesen sie auf den Weg der personellen Zusammenarbeit.

Dem Prinzip der Kapitalakkumulation setzen die Vertreter der Genossenschaftsbewegung das Prinzip der *personellen* Kooperation entgegen. Das ist eine äusserst wichtige Feststellung: sind doch die Genossenschaften zum Unterschied von den die Wirtschaft beherrschenden Kapitalunternehmungen «*Personenverbindungen*». Rechte und Pflichten sind in der Genossenschaft an die *Person* gebunden. Der in der modernen Genossenschafts-

bewegung liegende schöpferische Widerspruch war von Anfang an gegen die *Entpersönlichung* des modernen Daseins gerichtet.

Es liegt im Wesen des modernen Kapitalismus, nicht nur eine, sondern verschiedene Gruppen von Wirtschaftssubjekten in eine schwache Marktstellung gedrängt zu haben. Sie alle konnten versuchen, und haben versucht, durch genossenschaftlichen Zusammenschluss ihre Stellung zu stärken und eine *soziale Marktordnung* anzustreben.

Soziale Marktwirtschaft ist mit der Position des ökonomischen Liberalismus unvereinbar. Darum darf die den Neoliberalen vorschwebende Wettbewerbsordnung nicht als «Dritter Weg» bezeichnet werden. Der Dritte Weg ist allein jener, der zwischen Individualismus und Kollektivismus verläuft.

Es müssen – so argumentiert Back – Institutionen gefunden werden, die den Individualismus eindämmen, ohne die Entscheidungsfreiheit des Individualismus verkümmern zu lassen.

Bei der Suche nach einem Weg, der zwischen ökonomischem Individualismus und Totalitarismus verläuft, bietet sich die Genossenschaftsidee ganz unmittelbar an; denn was im Individualismus einerseits, im Kollektivismus andererseits übersehen wird, ist das Folgende: das Wissen um das *Selbstsein* wie das *Mitsein* des Menschen erfährt in der Institution der Genossenschaft eine unmittelbare Berücksichtigung. Die Genossenschaft ist wohl ein Zusammenschluss, aber kein Kollektiv im üblichen Sinne, dass nämlich die Einzelperson in ihm *nicht untergeht*. Sie ist vom Kollektivismus ebensoweit entfernt wie vom Individualismus.

Und weiter: Die Strukturform der Genossenschaft stellt die Urform einer verwirklichbaren Demokratie dar. Ausgehend von der Strukturform der Genossenschaft, die ja dem Sein des Menschen gemäss ist, können wir gleich den Satz anschliessen, dass die Demokratie um so mehr der Gefährdung und dem Verfall ausgesetzt ist, je mehr sie sich von dem Prinzip der Genossenschaft entfernt. Es stellen sich daher der Genossenschaft nicht bloss soziale und wirtschaftliche Probleme zur Lösung, ein Kardinalproblem sind die kulturellen Belange; die Genossenschaftsfrage ist ohne erzieherische Aspekte nicht zu lösen.

Während die Herren *Boson* und *Lasserre* das Referat Back von der sozialen und wirtschaftlichen Seite her untermauerten und erweiterten, war es die Aufgabe von Professor *Weippert*, die kulturellen Beziehungen näher zu beleuchten.

Wer darin, dass der Mensch zum Genossenschafter erst erzogen werden muss, eine besondere Schwäche des Genossenschaftswesens und vor allem des Genossenschaftsprinzips sehen wollte – etwa in der Annahme, dass es zum «laisser faire», zum schrankenlosen Individualismus, zur Durchsetzung des Selbstinteresses keiner Erziehung bedürfe –, würde schwer irren. Muss doch auch der Mensch zum eigentlichen Menschsein erst erzogen werden. Das ja zeichnet das Genossenschaftsprinzip, das Genossenschaftswesen und die Genossenschaftswirtschaft in einem besonderen Masse aus, dass Genossenschaftlichkeit mit dem eigentlichen Menschsein nicht in Konflikt gerät. Und so dürfen wir denn auch sagen, Erziehung zur Genossenschaft und Erziehung zum Genossenschafter ist immer auch ein Heranführen an die Bestimmung des Menschen.

Nachdem Professor Weippert die einzelnen kulturellen Aufgaben der Genossenschaften aufgezeigt und kritisch analysiert hat, kommt er zu den folgenden Schlussbemerkungen:

«Die Genossenschaften sind in einer ungewöhnlich glücklichen Lage, als sie ihre Anhänger und Mitglieder nicht nur aufzufordern brauchen, sich einer Sache hinzugeben. Der grosse erzieherische Wert der Genossenschaftsform beruht ja gerade darin, dass jeder Genossenschafter fortgesetzt dazu aufgerufen ist, seine Hingabe an die Sache nicht lediglich durch blossen Vollzug und blinden Gehorsam zum Ausdruck zu bringen, sondern vielmehr durch tätige Einflussnahme, durch Mitbestimmung und Mitverantwortung. Dass das Genossenschaftsprinzip von jedem einzelnen Mitverantwortung fordert, was jeweils nüchterne Sachlichkeit, Vertrautheit mit der Materie, Kritik, Prüfung voraussetzt, lässt das Prinzip zu einem selbsterzieherischen Faktum ersten Ranges werden.»

Die zahlreichen Diskussionsvoten gingen vornehmlich in der Richtung einer Vertiefung und Ergänzung des von den Hauptreferenten dargebotenen Gedankengutes.

Das zweite Hauptreferat hielt Professor Dr. *H. Bayer* (Innsbruck). Er sprach über die «*Funktion der Genossenschaft in der modernen Wirtschaft*».

Das Kardinalproblem, das der Untersuchung zugrunde gelegt wurde, war die Beantwortung der Frage: «Läuft die Genossenschaftsbewegung mit den Gesetzen und Gesetzmässigkeiten der Wirtschaftsentwicklung parallel, oder weist sie Konträrwirkungen auf?»

Vorerst gab Bayer in grossen Umrissen eine Darstellung des Ablaufs der Gesetzmässigkeiten in der Wirtschaftsentwicklung und beantwortete daraufhin die nachfolgenden drei Fragen:

1. Inwieweit entspricht die Genossenschaftsbewegung den Entwicklungsgesetzen der Wirtschaft?
2. Welche Funktion kommt der Genossenschaft vom Gesichtspunkt des Economic Welfare aus zu?
3. Kann die Genossenschaftsbewegung heute diese Funktion erfüllen?

Die Zerreissung von Produktion und Konsum ist einer der entscheidenden Gründe, warum es immer wieder in der heutigen Wirtschaftsordnung zu Depressionen und Krisen und Arbeitslosigkeit kommt. Es kann der einzelne Unternehmer, auch wenn er gut informiert ist, gar nicht mehr abschätzen, wie sich die Entwicklung gestalten wird, schon deswegen, weil er nicht weiss und gar nicht wissen kann, was der andere Unternehmer plant, nicht weiss, wie die Nachbarbranche sich entwickeln wird. Es muss früher oder später immer wieder zu Fehlinvestitionen, verhältnismässigen Überproduktionen kommen.

Die Genossenschaftsbewegung verläuft in anderer Richtung. Sie trachtet darnach, die auseinandergerissene Produktion und Konsumation einander wieder näherzubringen. Diese Tendenz stellen wir fest bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften, denjenigen der Handwerker, vor allem aber bei den Konsumgenossenschaften. Die Produktion wird hier unmittelbar aufgebaut auf dem Konsum. Es wird den Detailgeschäften der Grosshandel und diesem die eigenen Produktionsbetriebe angegliedert.

Die verbindende Funktion der Genossenschaftsbewegung ist von ausserordentlicher Bedeutung, darf

jedoch nicht überschätzt werden. Man kann wohl weitgehend Produktionsstätten von Fertigfabrikaten sowohl landwirtschaftlichen als auch Konsum-Genossenschaften angliedern, nicht aber könnte man allgemein Rohstoff- und Investitionsgüterproduktion auf den Genossenschaften aufbauen.

Die Wirtschaftstheorie geht häufig von der Annahme aus, dass die Nachfrage das Angebot bestimmt. Die Praxis dagegen lehrt das Gegenteil (zum Beispiel Macht der Reklame, Mode!). Es gelingt dem Unternehmer, durch Reklame in die Blankobedürfnisse der einzelnen Menschen die konkreten Bedürfnisse einzuzeichnen. Wenn wir uns die Fragen vorlegen, inwieweit die Genossenschaftsbewegung mit dem Vordringen der Reklame in der modernen Wirtschaft parallel läuft, müssen wir unterscheiden zwischen Organisation und Funktion der Genossenschaftsbewegung. Es besteht kein Zweifel, dass die Verstärkung und Konzentration der Genossenschaftsbewegung parallel mit der allgemeinen Wirtschaftsdynamik verläuft. Der Genossenschaftsbewegung ist es in zunehmendem Masse möglich, Reklame anzuwenden. Die Funktion der Genossenschaftsbewegung auf diesem Gebiete ist jedoch eine andere als die der Privatwirtschaft. Es handelt sich für die *Genossenschaftsbewegung* darum, durch *informative Reklame* erziehend zu wirken, also in die Blankobedürfnisse der Konsumenten jene konkreten Bedürfnisse einzuzeichnen, die dem einzelnen und der Gesamtheit zum Vorteil gereichen.

Als bedingt innere Gesetzmässigkeit der Wirtschaft erkennen wir ferner die *Konzentrationstendenz.* In organisatorischer Hinsicht läuft die Genossenschaftsbewegung parallel. Sie schliesst sich in immer grösseren Verbänden zusammen.

Gerade deswegen, weil die Genossenschaftsbewegung in organisatorischer Hinsicht mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen der Konzentration Schritt hält, ist sie in der Lage, ihre Funktion, die gegen die Vermachtung der Wirtschaft gerichtet ist, zu erfüllen. Der Kampf der Genossenschaften gegen die Vermachtung der Wirtschaft ist im wesentlichen darauf gerichtet, die Vormachtstellungen in der Wirtschaft, die gegen die Interessen der Gesamtheit ausgenützt werden, aufzulockern und zu schwächen. Auf diesem Gebiete hat sich trotz übermächtiger Positionen der privaten Wirtschaft die Genossenschaftsbewegung durchgesetzt und damit zur Befreiung der Wirtschaft beigetragen. Dies gelang unter anderem dadurch, dass sich Konsumgenossenschaften und landwirtschaftliche Genossenschaften in zunehmendem Masse Produktionsbetriebe angegliedert haben.

Aber es ist gar nicht immer notwendig, dass die einzelnen Genossenschaften und Genossenschaftsverbände sich eigene Unternehmungen zulegen, sondern unter Umständen genügt auch die Beteiligung an dem Aktienkapital anderer Unternehmungen. Es ist notwendig, dass die Konträrwirkungen, die von der Genossenschaftsbewegung gegen die Vermachtung der Wirtschaft ausgehen, zusammengefasst und verstärkt werden durch eine umfassende *Wirtschaftspolitik.*

Von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung ist im Rahmen der sozialen Dynamik das Vordringen des Prinzips der *Wirtschaftsgestaltung.* Die moderne Wirtschaftstheorie vertritt weitgehend dieses Prinzip.

Der Grundzug der Genossenschaftsbewegung entspricht diesen Tendenzen. Das Prinzip der Wirtschaftsgestaltung steht im Gegensatz zur sogenannten Wirtschaftsmechanik, die im Marktmechanismus das primäre Ordnungsprinzip erblickt. Der Grundzug der Genossenschaftsbewegung hat nichts mit Mechanik zu tun, sondern stellt die Person, ihre Entscheidung und ihre Haltung in den Vordergrund.

Gerade eine Wirtschaftsverfassung, die auf dem Prinzip der Wirtschaftsgestaltung aufgebaut ist, eröffnet der Genossenschaftsbewegung neue Entfaltungsmöglichkeiten. Diese Wirtschaftsgestaltung ist aber auch ihrerseits auf die Selbsthilfekräfte der Genossenschaftsbewegung angewiesen, sofern Wirtschaftsgestaltung im Rahmen einer Wirtschaftsfreiheit verwirklicht werden soll.

*

Die Genossenschaftstheorie stellt den Menschen, die Person und nicht das Kapital in das Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens: sie will das *Menschsein* auch in der Wirtschaft fördern.

Die Genossenschaften sind Organisationen der wirtschaftlich Schwachen, die in Kampf treten mit den wirtschaftlich Starken. Dieser Kampf wird aber trotz der ethischen Kraft der organisierten Schwachen nur Erfolg haben können, wenn die verschiedenen Genossenschaftssparten wiederum sich untereinander zusammenschliessen, um sich bestimmte Aufgaben stellen zu können.

Diese Erkenntnisse waren unter anderem das positive Resultat dieser ersten internationalen Hochschulkonferenz. Dr. H. F.

Das Landwirtschaftsjahr 1953

Aus dem Bericht der Preisberichtstelle des Schweiz. Bauernverbandes

Das Jahr 1953 war in seiner ersten Hälfte wenig versprechend. Die schwierigen Anbaubedingungen im vorausgegangenen Herbst, die lange Trockenperiode im Frühjahr, die folgenschweren Maifröste und das unbeständige Heuerntewetter trübten die Hoffnung auf ein einigermassen günstiges Jahresergebnis. Man glaubte bereits, das Jahr 1953 als vollständiges Missjahr stempeln zu müssen. Indessen wandten sich die Wetterverhältnisse in der zweiten Jahreshälfte zum Bessern. Unter den einzelnen Betriebszweigen brachte vor allem der Futterbau günstigere Erträge als erwartet. Daneben waren aber Absatzschwierigkeiten in den einen, unterdurchschnittliche Ernteergebnisse in einigen andern Betriebszweigen die Hauptmerkmale des abgelaufenen Wirtschaftsjahres.

Pflanzenbau

Das *Gras* stand anfänglich ziemlich dicht, blieb dann aber im Wachstum zurück und erreichte, als die Heuernte bevorstand, in den regenärmsten Gebieten nur die halbe Höhe. Nur in den bevorzugtesten Lagen konnte die Heuernte unter günstigen Bedingungen eingebracht werden. Der üppige Graswuchs im Nachsommer und im Herbst schuf dagegen einen weitgehenden Ausgleich zum Heuerntedefizit. Wo der erste Emdschnitt früh-

zeitig erfolgte, konnte anfangs September noch ein weiterer gedörrt werden. Das angesäte *Ackerfutter* brachte ebenfalls gute Erträge und die gesamte Rauhfutterernte dürfte zusammen mit den reichlichen Rübenerträgen ausreichen, um die Versorgung des Rindviehbestandes bei entsprechender Gestaltung der Futterration im Winter 1953/54 sicherzustellen.

Das offene *Ackerland* umfasste auf Grund einer Schätzung des Schweiz. Bauernsekretariates im vergangenen Anbaujahr 264 000 ha, das sind 4400 ha oder 1,6% weniger als 1952. Ausschlaggebend für diesen Rückgang war die Getreideanbaufläche, da die nasse Witterung im Herbst 1952 und der frühe Wintereinbruch die Aussaat von Winterweizen und Dinkel stark behindert hatten. Der vermehrte Anbau von Sommergetreide im Frühjahr 1953 vermochte diese Lücke nur zum Teil zu schliessen.

Die Reduktion der *Brotgetreide-Anbaufläche* wurde auf rund 6500 ha geschätzt. Der Winterroggen konnte im Herbst 1952 zum grösseren Teil noch vor der Schlechtwetterperiode gesät werden, doch litt diese Kultur von allen Getreidearten am meisten unter der Auswinterung. Grössere Schäden verursachten an den Saaten die Frühjahrsfröste im März und Mai und zudem auch die Trockenheit. Die gesamte diesjährige Brotgetreideernte dürfte sich ertragsmässig und qualitativ im Rahmne von Mittelwerten halten.

Der *Futtergetreidebau* breitete sich gegenüber der Vorjahresfläche um 2350 ha oder 4,7% aus. Zweifellos wirkte die Anbauprämie für Hafer, Gerste und Körnermais zu Futterzwecken günstig auf die Erweiterung dieser Kulturfläche.

Die *Kartoffelanbaufläche* blieb gegenüber 1952 wenig verändert. In den bevorzugtesten Lagen rechnete man, Ende Mai mit der Ernte der Frühsorten beginnen zu können. Die Fröste verzögerten hingegen dieses Datum in den davon betroffenen Gebieten um 2–3 Wochen. Der inländische Bedarf an Frühkartoffeln musste daher bis gegen Ende Juni durch Importe gedeckt werden. Bei den übrigen Kartoffelkulturen erschwerte später die langandauernde Regenperiode die Unkrautbekämpfung und förderte namentlich bei der Hauptsorte Bintje die Blatt- sowie die Knollenkrankheiten. Nur, wo eine intensive, kostspielige Schädlingsbekämpfung rechtzeitig durchgeführt werden konnte, waren zufriedenstellende Erträge einzubringen. Insgesamt fiel die Kartoffelernte unterdurchschnittlich aus.

Von der diesjährigen auf 5800 ha geschätzten *Zuckerrübenfläche* entfielen wie in früheren Jahren rund 5300 ha auf die Produktion für die Zuckerfabrik Aarberg. Die restliche Anbaufläche diente der Futterproduktion; sie wurde gegenüber dem Vorjahre etwas eingeschränkt. Die Erträge fielen quantitativ und qualitativ gut aus.

Der *Gemüseanbau* war weiterhin rückläufig, allerdings nicht mehr in dem Masse wie in der Periode von 1945 bis 1949. Wie in den früheren Jahren gab der Verband schweiz. Gemüseproduzenten zu Beginn der Vegetationsperiode Weisungen über den Gemüseanbau heraus, mit dem Ziel, die Kulturflächen der einzelnen Gemüsearten den voraussichtlichen Absatzmöglichkeiten anzupassen. Im Berichtsjahr zeigte es sich hingegen besonders deutlich, wie stark die Entwicklung der Gemüsekulturen und somit die Marktbelieferung von klimatischen Voraussetzungen abhangen. Die Massnahmen zum Schutze der inländischen Produktion waren daher bei den Saisongemüsen nicht immer leicht zu treffen.

Obst- und Weinbau

Die *Erdbeeren* aus dem Wallis sind alljährlich die ersten Früchte, die aus der inländischen Produktion auf den Markt gelangen. Die anfänglich auf fünf Millionen Kilogramm geschätzte Ernte erlitt infolge des Wetterrückschlages eine unerwartete Verzögerung, und die Einstellung der Erdbeerimporte musste mehrere Male verschoben werden. Niederschläge, die während der Haupterntezeit fielen, beeinträchtigten vor allem die Transportfähigkeit der Beeren, so dass grössere Mengen als erwartet in der Konservenindustrie verwertet werden mussten.

Ähnliche Enttäuschungen brachte die diesjährige *Kirschenernte*. Nach dem Blühet, der in die erste Hälfte April fiel, konnte ein vielversprechender Fruchtansatz festgestellt werden. Die Maifröste schienen anfänglich den grössten Teil der Ernte zerstört zu haben. Indessen ergaben die Schätzungen der Preisberichtstelle des Schweiz. Bauernverbandes über die voraussichtlich verkäufliche Erntemenge Ziffern, die einer schwachen Mittelernte entsprachen. Das andauernde regnerische Wetter verzögerte die Reifezeit und beeinträchtigte während der Ernte die Qualität der Früchte wesentlich. Die Kirschenernte fiel teilweise mit der Heuernte zusammen, so dass für die Pflückarbeit vielfach das nötige Personal fehlte. Der Anfall von einwandfreien Kirschen war daher beschränkt, und der Markt konnte nicht mit den vorgesehenen Mengen beliefert werden.

Mit dem Abklingen der Kirschenernte reiften im Wallis die *Aprikosen*. Gegenüber der letztjährigen Erntemenge von knapp 3 Millionen kg erwartete man dieses Jahr einen Ertrag von rund 6 Millionen kg. Die in der Folge in die Wege geleiteten ergänzenden Verwertungsmassnahmen sowie die vermehrten Verkaufsanstrengungen des Handels sorgten (nach oder trotz dem kurzen «Aprikosenkrieg» – Red.) für flüssigen Absatz.

Auch die übrigen *Steinobst-* und die *Kernobstbäume* standen im Frühjahr bei günstigen Wetterbedingungen in reichlicher Blüte. Dem Fruchtansatz entsprechend wäre eine mittlere bis gute Ernte zu erwarten gewesen. Die Maifröste machten diese Hoffnung zunichte. Am stärksten schienen die Apfelbäume unter den Frosteinwirkungen gelitten zu haben. Die auf 6000 Wagen geschätzte gesamtschweizerische verkäufliche Tafelobstmenge entsprach einer schwachen Durchschnittsernte.

Grössten Schwierigkeiten begegnete der Absatz der diesjährigen *Zwetschgen- und Pflaumenernte*. Die Schätzungen sahen eine Grossernte voraus, welche vom Markt bei dem gleichzeitigen Angebot von Aprikosen, Pfirsichen und andern Früchten nicht voll aufgenommen werden konnte. Ein Grossteil der Ernte musste über das Brennfass verwertet werden.

Die *Weinernte* 1953 zählte quantitativ zu den geringeren seit mehreren Jahren. Als Folge der Frühjahrsfröste und des schlechten Wetters während der Blütezeit blieben viele Weinberge ohne nennenswerten Behang. Gegenüber dem Erntedurchschnitt der letzten zehn Jahre von 190 000 hl rotem und 590 000 hl weissem Wein lauteten die Ergebnisse der offiziellen Weinerntedeklaration für 1953 155 000 und 527 000 hl. Die zum Teil ausgezeichnete Qualität dürfte den Weinbauern einen gewissen Mehrerlös einbringen. Der *Traubenaktion* war dieses Jahr ein hervorragender Erfolg beschieden. Insgesamt gelangten über drei Millionen Kilogramm Trauben aus den schweizerischen Rebbergen in den Frischkonsum.

Viehhaltung

Auf dem Markt für grosses *Schlachtvieh* überstieg das Angebot den Bedarf dauernd. Seit dem Herbst 1952 hielten sich die Preise für die meisten Qualitätsklassen auf der untersten Richtpreisgrenze. Diese unerfreuliche Lage ist zum Teil als Nachwirkung der letztjährigen Futterknappheit zu betrachten. Das im Herbst 1952 eingelagerte Fleisch von über 15 000 Kühen wurde im Verlaufe der letzten Monate zur Auslagerung freigegeben. Der Bedarf an frischem Wurstfleisch und an Wurstkühen war deshalb entsprechend kleiner. Ferner wurden viele Tiere im Zusammenhang mit der Sanierung der Viehbestände an die Schlachtbank geführt. Zur Entlastung des inländischen Schlachtviehmarktes und zur Sicherstellung der Ausmerzaktion waren Exporte notwendig.

Der Gesamtbestand an *Schweinen* laut den Zählungsergebnissen im April stieg neuerdings um 10 000 Stück auf 1 017 000 an. Wie der damalige Altersaufbau des Bestandes voraussehen liess, war den ganzen Sommer über keine Entlastung auf dem Schlachtschweinemarkt zu erwarten. Das Angebot erreichte zeitweise Ausmasse, dass selbst die Überschussverwertung vorübergehende Preiszusammenbrüche im Juli nicht verhindern konnte. Nach der ständigen Abwärtsbewegung der Preise vom Oktober 1952 bis Juli 1953 trat im August endlich eine Änderung ein. In den letzten Wochen des Jahres konnte sich die Lage bei etwas erhöhtem Preisniveau mehr oder weniger stabilisieren.

Die Inlandproduktion von *Eiern* überstieg leicht den letztjährigen Stand. Innerhalb der monatlichen Anlieferungsmenge an die Verwertungsgenossenschaften konnte in den letzten Jahren eine Vorverschiebung auf die ersten Monate des Jahres festgestellt werden. Eine gleiche, eher noch ausgeprägtere Entwicklung, wies auch die Eierproduktion im Ausland auf. Das frühzeitig steigende Eierangebot sowohl aus dem In- wie dem Ausland führte jeweilen zu einer verschärften Konkurrenz, welche das Preisgefüge auf dem Eiermarkt schon im Januar ins Wanken brachte. Für die während der Hauptproduktionszeit aufgestauten Eiervorräte konnte dank der bestehenden Eierordnung und den Selbsthilfemassnahmen der Eierverwertungsgenossenschaften entsprechender Abfluss geschaffen werden.

Für *Schlachtgeflügel* gestaltete sich die Preisentwicklung wegen verschärfter ausländischer Konkurrenz ungünstiger. Dank der wetterbedingt guten Besucherfrequenz in den Hotels und Gasthöfen, den bedeutendsten Abnehmern von Schlachtgeflügel, fand die etwas grössere inländische Produktion dennoch Absatz.

Für die *Bienenzucht* war 1953 ein ausgesprochenes Fehljahr. Das in den Monaten Mai bis Juli ungünstige Wetter liess nur wenige Flugtage zu. Für die Honigernte, welche in der deutschen Schweiz im gewogenen Mittel nur 2,3 kg je Volk betrug, bestanden keine Absatzschwierigkeiten.

Milchwirtschaft

Im Berichtsjahr waren die Voraussetzungen für die Milchproduktion günstiger als 1952. Laut den Erhebungen der Preisberichtstelle des Schweizerischen Bauernverbandes wiesen die Verkehrsmilchlieferungen laufend höhere Ziffern auf als in den betreffenden Vergleichsmonaten des Vorjahres. Diese Zunahme des Milchflusses bei gleichzeitig reduziertem Milchkuhbestand dürfte zum Teil auf eine – offenbar vorübergehende – Verschiebung der innerbetrieblichen Milchverwertung zugunsten der Ablieferungen an die Sammelstellen zurückzuführen sein. Ebenfalls ist anzunehmen, dass infolge der selektiven Ausmerzung des Kuhbestandes die Durchschnittsmilchleistung je Kuh gehoben wurde, was sich vor allem seit Beginn der Grünfütterung auswirkte. Die grössere Milchmenge wurde bei annähernd unverändertem Frischmilchkonsum in erster Linie in den Käsereien verarbeitet.

Preisentwicklung

Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt den Stand der mittleren Produzentenpreise einiger wichtiger landwirtschaftlicher Produkte im November 1953 verglichen mit dem Stand im November 1952. Bei der Gegenüberstellung der Gemüsepreise wurde der Preisindex der wichtigsten Gemüsearten verwendet (1948 = 100).

Produkte	Mengeneinheit	Nov. 1952 Fr.	Nov. 1953 Fr.
Weizen, Typ I	100 kg	64.50	64.50
Kartoffeln	100 kg	22.—	23.50
Zuckerrüben, Grundpreis	100 kg	7.25	7.25
Späte Tafeläpfel, I. Klasse	100 kg	42.—	40.—
Späte Mostäpfel	100 kg	10.—	10.—
Gemüse	Index	105.70	85.40
Rinder, fett, Ia	1 kg LG.	2.88	2.78
Kühe, abgehend	1 kg LG.	1.51	1.36
Kälber, fett, Ia	1 kg LG.	4.03	4.19
Schweine, fett, Ia	1 kg LG.	3.35	3.22
Junge Kühe, melkend	1 kg LG.	3.12	3.14
Rinder, tragend	1 kg LG.	2.90	2.93
Faselschweine, 2 Monate alt	pro St.	62.—	56.—
Frische Landeier	pro 100 St.	29.80	28.10
Milch, Prod.-Grundpreis	kg	–.38	–.39
Emmentaler Käse, garantierter Preis	pro 100 kg	398.—	410.50

Betriebswirtschaftliche Lage

Im Laufe des Jahres gingen die Preisindizes sowohl der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie der Produktionsmittel leicht zurück. Im Oktober wurde der Preisindex der erstgenannten Gruppe (1948 = 100) auf 96,9 Punkte errechnet, wogegen sich derjenige der Produktionsmittel im gleichen Zeitpunkt immer noch auf 102,7 Punkte stellte. Verglichen mit dem Stand der Vorjahresperiode wiesen unter den Erzeugnissen vor allem das Gemüse und das Schlachtvieh einen Preisrückschlag auf, leicht höher war der Milchpreis. Auf der Kostenseite wurden in erster Linie die Dünger-, Futter- und Pflanzenschutzmittel etwas billiger. Der Kostenindex für familienfremde Arbeit stieg dagegen als Folge des in der Landwirtschaft herrschenden Mangels an Arbeitskräften neuerdings um fast drei Punkte. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die in der schweizerischen Landwirtschaft herrschende Kostenklemme im gleichen Ausmasse wie im Vorjahre bestehen blieb. Diese Entwicklung wirkte sich auch auf die Einkommenslage der Bauern aus. Die im August vom Schweizerischen Bauernsekretariat durchgeführte Schätzung über die voraussichtlichen Ertragsverhältnisse pro 1953 ergab für die Buchhaltungskontrollbetriebe einen Reinertrag von knapp 3% gemessen am Aktivkapital. Der Arbeitsverdienst pro Männerarbeitstag wurde auf rund 15 Franken geschätzt. In der angestrebten Parität zwischen dem landwirtschaftlichen Einkommen und demjenigen von gelernten Industriearbeitern konnte somit kein Fortschritt erzielt werden.

Ausgleichskasse V. S. K.

Am 19. Dezember 1953 versammelte sich in Basel der Vorstand der Ausgleichskasse V.S.K. unter dem Vorsitz des Präsidenten, Direktor O. Zellweger, zu seiner elften Vorstandssitzung.

Nach Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 7. März 1953 orientierte der Leiter der Kasse, F. Dettwiler, die Vorstandsmitglieder ausführlich über die Tätigkeit der Kasse in der Zeit vom 1. Februar bis 30. November 1953 sowie über die zweite Revision des AHV-Gesetzes (Auswirkung der Erhöhung der Renten ab 1. Januar 1954) und insbesondere über aktuelle Probleme und die Entwicklung der AHV.

Ferner orientierte F. Dettwiler die Vorstandsmitglieder über die am 15. Dezember 1953 in Chiasso erfolgte Gründung einer Familienausgleichskasse der Konsum- und Zweckgenossenschaften des Verbandes schweizerischer Konsumvereine (V.S.K.), Basel. Der Vorstand nahm in zustimmendem Sinne davon Kenntnis, dass die Geschäftsführung der Familienausgleichskasse der AHV-Ausgleichskasse V.S.K. übertragen wird.

Ein ausführlicher Bericht über die Gründung der Familienausgleichskasse wird in der Genossenschaftspresse veröffentlicht werden.

Die Leitung der Kasse dankt an dieser Stelle allen Mitgliedern für das Verständnis und die Mithilfe bei der Durchführung der AHV. F. D.

Genossenschaftliches Seminar
(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Wir möchten nicht unterlassen, den Verbandsvereinen für die Ueberweisung der Solidaritätsbeiträge pro 1953 (15 Rp. pro Fr. 1000.— Umsatz, gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom 2. Juni 1951 in Genf) den besten Dank auszusprechen.

Wir verbinden damit unsere aufrichtigen Wünsche für ein erfolgreiches 1954. **Die Seminarleitung**

Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine (VASK)

Die Verwaltung der Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine hielt Samstag, 19. Dezember 1953, in Basel unter dem Vorsitz des Präsidenten, J. Dubach, Luzern, die dritte Sitzung des Jahres ab.

Direktor O. Zellweger, Delegierter des Verwaltungsausschusses, orientierte über den Geschäftsverlauf des laufenden Jahres bis Ende November. Die Zahl der Kollektivmitglieder hat sich um 8 auf 230 erhöht, indem die Vereine Niederurnen, Schwanden, Thalwil, Lauterbrunnen, Oberentfelden, Boudry, Goldau und Netstal den Beitritt erklärten. Die Aktivversicherten verzeichnen ebenfalls gesamthaft eine Bestandesvermehrung und zählen heute 5912 Personen mit einer versicherten Lohnsumme von 41,4 Millionen Franken. Bei den Frauen ist allerdings erneut ein Rückgang festzustellen. Die Abgänge überwiegen hier den Neuzugang. Rentenbezüger zählt die Kasse total 1677, 55 mehr als zu Jahresbeginn, und die Gesamtjahrespension beträgt 4,7 Millionen Franken.

Gesamthaft darf damit gerechnet werden, dass das Jahr 1953 der Versicherungsanstalt wiederum einen befriedigenden Abschluss bringen wird.

Zum neuen Prokuristen der VASK wählte die Verwaltung Walter Jann, bisher Adjunkt der Anstalt. Gleichzeitig ernannte die Verwaltung Bruno Minder und Paul Vögtlin zu Handlungsbevollmächtigten der VASK.

Kleine Anzeigen

INHALT: *Seite*

Druckerei und Administration: Basel, St.-Jakobs-Strasse 175, Postfach Basel 2

Inseratenannahme:

Inseratenagentur R.-C. Mordasini, Genf, rue de la Monnaie 3
Telephon (022) 4 52 25

Insertionstarif:

Annoncen 60 Rp. per Millimeter bei 40 mm Breite
Reklamen Fr. 1.50 per Millimeter bei 83 mm Breite
Kleine Anzeigen 15 Rp. per Wort, Inserate unter Chiffre Fr. 1.— Zuschlag